Angriff auf Westindy-Staatsbürgerschaften

Categories : Antigua & Barbuda, Dominica, Grenada, St. Kitts & Nevis, St. Lucia

[vc_row][/vc_row][vc_row][vc_column][vc_column_text]In der letzten Märzwoche 2024 unterzeichneten die Premierminister von

- Antigua und Barbuda,
- dem Commonwealth of Dominica,
- Grenada
- sowie St. Kitts und Nevis

eine Absichtserklärung, um den vermeintlichen Wert und die Integrität ihrer Programme für Staatsbürgerschaft durch Investitionen zu verbessern.

Es fällt auf, dass St. Lucia nicht dabei war. Die sich daraus ergebenden Folgen sind weiter zu beobachten.

Ziel der Vereinbarung ist es, einen Rahmen für die Zusammenarbeit und den Informationsaustausch innerhalb der Region – zu der auch St. Lucia gehört - hinsichtlich „bewährter Verfahren“ im Bereich der Investitionsbürgerschaft zu schaffen.

Zu den wichtigsten Punkten des Abkommens gehören:

1. Preisänderung - alle Parteien haben sich darauf geeinigt, die Mindestinvestitionsschwelle bis zum 30. Juni 2024 auf 200.000 USD zu erhöhen und zu harmonisieren, was natürlich ein nicht mehr zu erfüllendes Zeitfenster für die neue Beantragung unter den derzeitigen, niedrigeren Investitionsanforderungen, ermöglicht.
2. Transparenz - alle Parteien vereinbaren den Austausch von Informationen über Antragsteller, Fonds, Einhaltung der Vorschriften und Best-Practice-Standards.
3. Regulierung - alle Parteien vereinbaren, „Standards im Einklang mit internationalen Anforderungen und bewährten Verfahren für die Regulierung“ festzulegen.
4. Sicherheit - alle Parteien einigen sich auf gemeinsame Protokolle für Sicherheitskontrollen und Sorgfaltspflichtanforderungen.

Dieser historische Schritt sei ein wichtiger Schritt für das kontinuierliche Wachstum und die Entwicklung des karibischen Sektors für investitionsgebundene Staatsbürgerschaften und der Investitionsmigrationsbranche insgesamt, da er eine solide Grundlage für bewährte Verfahren und Zusammenarbeit schafft – so das leider übliche Polit-Geschwafel.

HINTERGRUNG: Großbritannien als führendes Commonwealthland hat sich von der Europäischen Union einspannen lassen, seinen Einfluß auf die Westindies zu nutzen, um die attraktiven Konditionen für den Erwerb einer Staatsbürgerschaft (CBI) auf den Westindies

deutlich zu verschlechtern. Der Umfang der Menschen aus den westlichen Hochsteuerländern mit beständig zunehmenden Beschränkungen von Freiheitsrechten führte dazu, dass viele Menschen gern ihre EU-Pässe getauscht hatten gegen einen Westindy-Paß (insbesondere aus St. Kitts & Nevis). Man hatte sich folgerichtig die insoweit führende Jurisdiktion, nämlich St. Kitts & Nevis, herausgepickt und das Land monatelang unter Druck gesetzt mit der Drohung, die Visafreiheit für den Schengenraum zu entziehen. Monatelang waren laufende Beantragungen von Staatsbürgerschaften in St. Kitts & Nevis dort nicht mehr bearbeitet worden. St. Kitts & Nevis hat sich schließlich unterworfen, und neue Bedingungen akzeptiert, die wir sofort HIER veröffentlich hatten.

Die Westindies haben eine gemeinsame Währung und sind rechtlich und wirtschaftlich eng verflochten.

Es ist zu beobachten ob St. Lucia sein Ausscheren aus dieser Gemeinschaft durchhält und in letzter Konsequenz in Kauf nimmt, dass man als Bürger von St. Lucia für eine Einreise in den Schengen-Raum halt ein Visum beantragen muß – was in letzter Konsequenz ja kein „Beinbruch“ ist; Vanuatu hat man wegen seiner Standhaftigkeit auch die Schengen-Visafreiheit entzogen, die Visa werden aber einfach und unkompliziert erteilt.

Mehr zu Vanuatu H I E R .

Zum Kontaktformular

- Signal: +50762543093
- Telegram: PrivacidadPanama
- Threema: DUZBB44E

[/vc_column_text][vc_column_text][/vc_column_text][/vc_column][/vc_row][vc_row][vc_column][/vc_column][/vc_row]